

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 16371
Dienstag, 13. September 2022

Totschnig: Grünes Licht von EU-Kommission für GAP-Strategieplan	1
Moosbrugger: Genehmigung des GAP-Strategieplans bringt Rechtssicherheit für bäuerliche Betriebe	2
EU-Waldschutzgesetz sieht strengere Regeln bei Lebensmittelimporten vor	3
Heimische Agrarvertreter kritisieren geplante EU-Richtlinie für Erneuerbare scharf	4
Bäuerinnen und Bauern sind wichtige Player in der nachhaltigen Energieerzeugung	5
Bauernbund: Genehmigung des GAP-Strategieplans bringt Planungssicherheit	7
Warndienst.at mit aktuellen Ergebnissen des Vorerntemonitorings bei Mais	8
Kartoffelmarkt: Erntemengen überwiegend unterdurchschnittlich	9
Landjugend Österreich: Wieder unbeschwert die eigene Sommer-Story schreiben	10
Härtester Weinwettbewerb Österreichs: Die Salon Sieger 2022 stehen fest	10
Landwirtschaftliche Fachschule Güssing erhält Österreichisches Umweltzeichen	11

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

Totschnig: Grünes Licht von EU-Kommission für GAP-Strategieplan

Neue Gemeinsame Agrarpolitik ab 2023 ist Zukunftsprogramm für unsere Bäuerinnen und Bauern

Wien, 13. September 2022 (aiz.info). - "Die Europäische Kommission hat uns heute, Mittwoch, grünes Licht zu unserem Strategieplan für die Gemeinsame Agrarpolitik -GAP- ab 2023 gegeben. Wir gehören also zu den ersten EU-Mitgliedsländern, die die erforderliche Bestätigung für die nationale Umsetzung erhalten. Damit ist ein jahrelanger, intensiver Verhandlungsprozess abgeschlossen. Es ist uns gelungen, aus einem Minus ein Plus zu machen. Künftig stehen im Rahmen des GAP-Strategieplans rund 1,8 Mrd. Euro pro Jahr für die Stabilität der heimischen Land- und Forstwirtschaft wie auch für die ländliche Entwicklung zur Verfügung. Wir gehen mit der GAP-Umsetzung endlich in die Zielgerade", betont Landwirtschaftsminister **Norbert Totschnig** anlässlich der Genehmigung durch die EU-Kommission. Österreich befindet sich damit neben Dänemark, Finnland, Frankreich, Irland, Polen, Portugal, Spanien und Luxemburg unter den ersten neun EU-Mitgliedstaaten, die von der Kommission die erforderliche Bestätigung für die nationale Umsetzung der GAP erhalten haben.

"Die Gemeinsame Agrarpolitik ist ein Zukunftsprogramm für unsere Bäuerinnen und Bauern. Wir schließen an die bisherigen Anstrengungen und bewährten Programme an, um unseren Familienbetrieben Zukunftsperspektiven zu geben, den ländlichen Raum zu stärken und unsere Vorreiterrolle im Bereich des Ressourcen-, Umwelt- und Klimaschutzes auszubauen", führt Totschnig weiter aus. So wird das Agrarumweltprogramm ÖPUL inhaltlich und finanziell erweitert. "Über 570 Mio. Euro stehen künftig pro Jahr für freiwillige Umweltleistungen der heimischen Bäuerinnen und Bauern zur Verfügung. Das ist beispielgebend in Europa. Außerdem sichern wir die Landwirtschaft in Berg- und benachteiligten Gebieten weiter ab. In der Ausgleichszuglage werden die Zahlungen für die ersten 20 ha noch einmal erhöht. Damit stärken wir auch unsere Almwirtschaft", so der Landwirtschaftsminister. Für die LEADER-Regionen stehen 42 Mio. Euro pro Jahr zur Verfügung. Dazu kommen Initiativen zur Förderung von erneuerbaren Energien, zur Stärkung der Dorfkerne oder ländlicher Innovationssysteme.

Täglich versorge die europäische Landwirtschaft 450 Mio. Europäerinnen und Europäer verlässlich mit Lebensmitteln. Diese sichere und stabile Versorgung basiere auf der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU. "Die GAP bietet Planungssicherheit für die Bäuerinnen und Bauern der EU und trägt zur Stabilisierung der agrarischen Märkte bei. Durch Förderung von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft, der Agrar- und Ernährungswirtschaft unterstützt die GAP die Wirtschaft im ländlichen Raum. Sie ist auch ein wesentlicher Faktor für den Umwelt- und Klimaschutz und trägt zu einer nachhaltigen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen bei", so der Landwirtschaftsminister.

In diesem Sinne sei die neue GAP ab 2023 weiterentwickelt worden: Die beiden Säulen - Direktzahlungen und Ländliche Entwicklung - werden in ein integriertes, leistungsorientiertes Modell übergeführt. Damit gehen, auch vor dem Hintergrund der Einbindung des Europäischen Green Deals, erhöhte Umwelt-, Tierwohl- und Klimaambitionen einher, deren Zielerreichung im Rahmen des nationalen Strategieplans durch geeignete Unterstützungsmaßnahmen entsprechend abgegolten werden soll. "Damit geben wir unseren Bäuerinnen und Bauern Planungssicherheit für Versorgungssicherheit der Bevölkerung. Gleichzeitig gehen wir unseren österreichischen Weg weiter

und stellen sicher, dass sich unsere Betriebe wie auch der ländliche Raum zukunftsorientiert weiterentwickeln können", betont Totschnig. (Schluss)

Moosbrugger: Genehmigung des GAP-Strategieplans bringt Rechtssicherheit für bäuerliche Betriebe

Um vorgegebenen Ziele zu erreichen, gilt es, Landwirte zu überzeugen

Wien, 13. September 2022 (aiz.info). - "Während andere EU-Mitgliedstaaten noch um die Erstellung ihres GAP-Strategieplans ringen, gibt es für unsere bäuerlichen Betriebe nun Klarheit und Planbarkeit für die kommenden fünf Jahre - und das ist viel wert. Nach vier intensiven Jahren auf europäischer und nationaler Ebene haben wir heute die Genehmigung unseres nationalen Strategieplans zur Umsetzung der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik (GAP) erhalten", betont der Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich (LKÖ), **Josef Moosbrugger**

"Neben einer leichten Anhebung des Finanzvolumens ist es uns in schwierigen Verhandlungen und einem breit angelegten Beteiligungsprozess gelungen, die meisten unpraktikablen Wünsche landwirtschaftsferner Gruppierungen auszuräumen. Stattdessen konnten wir viel Zukunftsweisendes verankern", so Moosbrugger, der von einem "zukunftsstauglichen Kompromiss aus ökologischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten" spricht. "Ziel ist es nun, diesen Maßnahmenmix optimal zu kommunizieren und möglichst viele Betriebe zur Teilnahme zu motivieren", so der LKÖ-Präsident.

Komplex, aber viele betriebsindividuelle Kombinationsmöglichkeiten

"Die EU hat für die neue Periode umfangreiche Vorgaben und verstärkte Ambitionen in den Bereichen Umwelt- und Klimaschutz sowie Tierwohl gemacht. Diesen Herausforderungen mussten wir in unserem GAP-Strategieplan verstärkt Rechnung tragen und trotzdem die Praktikabilität für die Bauern beachten. Die Aufstockung des Budgets für das Agrarumweltprogramm, das Kernelement der GAP-Umsetzung in Österreich, war dafür unverzichtbar. Die Vielzahl an Maßnahmen und Zuschlägen ist zwar komplex, erlaubt aber flexibel kombinierbare Teilnahmemöglichkeiten und spiegelt die Vielfalt der landwirtschaftlichen Betriebe wider", berichtet Moosbrugger. "Die Attraktivierung des Almauftriebs, der modulare Aufbau des ÖPULs, die noch stärkere Ausrichtung der Investitionsförderung auf Tierwohl und Klimaschutz sowie die Sicherstellung starker, einkommenswirksamer Direktzahlungen sind positiv zu vermerken", berichtet der LKÖ-Präsident.

Abmilderung bei vorhandenen Schmerzpunkten angestrebt

"Die von EU-Institutionen und Gesellschaft oft eingeforderte Verstärkung der Umwelt- und Klimaambitionen bringt aber auch große Herausforderungen für die landwirtschaftliche Praxis und die Bewirtschaftung mit sich. Sauer aufstoßen uns insbesondere Vorgaben, die ein Fehlen an Praxisbezug erkennen lassen. Bei zweifelsfrei vorhandenen 'Schmerzpunkten' werden wir gemeinsam mit dem Landwirtschaftsministerium versuchen, Abmilderung zu erreichen. Unsere Beraterinnen und Berater stehen den Bauernfamilien jedenfalls mit Rat und Tat zur Seite, die neuen Vorgaben möglichst sinnvoll und auf die betriebliche Situation angepasst umzusetzen", so Moosbrugger.

“Die Landwirtschaftskammern werden die Bäuerinnen und Bauern über die vielfältigen Möglichkeiten zur Leistungsabgeltung informieren und trotz noch höherer Umweltauflagen zur Teilnahme an der Gemeinsamen Agrarpolitik, insbesondere am ÖPUL, motivieren“, unterstreicht der LKÖ-Präsident. “Ich möchte die Gesellschaft im Gegenzug dazu anhalten, die von unseren bäuerlichen Familienbetrieben für die Allgemeinheit erbrachten Leistungen beim täglichen Einkauf auch entsprechend zu würdigen“, so Moosbrugger.

Leistungen im Umwelt- und Klimaschutzbereich anerkennen

“Unsere Leistungen im Umwelt- und Klimaschutzbereich anerkennen sollte endlich auch einmal die EU-Kommission. Bei aller Nachhaltigkeit müssen wir verstärkt das brennende Thema Versorgungssicherheit mitbedenken. Jetzt gilt es Stabilität in der Versorgung mit Lebensmitteln, nachwachsenden Rohstoffen und erneuerbarer Energie zu schaffen. Weitere Verschärfungen im Rahmen verschiedenster EU-Strategien und Gesetze, welche die Produktion weiter erschweren oder gar verunmöglichen, können sich weder Konsumenten noch Bauern leisten. Die GAP-Verhandlungen für die Zeit ab 2023 wurden unter ganz anderen Voraussetzungen geführt. Die EU muss auch in ihren Vorgaben flexibler auf dramatische Veränderungen in der Welt reagieren. Es gilt, eine weitere Abhängigkeit von Importen - wie bei Gas und Treibstoffen - zu verhindern. Vielmehr müssen wir unsere nachhaltige Selbstversorgung stärken und ausbauen - in möglichst allen Politikbereichen“, schließt der LKÖ-Präsident. (Schluss)

EU-Waldschutzgesetz sieht strengere Regeln bei Lebensmittelimporten vor

Bernhuber begrüßt Initiative grundsätzlich

Straßburg, 13. September 2022 (aiz.info). - Die Abgeordneten des EU-Parlaments haben heute, Dienstag, über die EU-Entwaldungsverordnung abgestimmt. Die neuen Regeln sollen künftig verhindern, dass Holz, Kaffee, Kakao, Palmöl, Rindfleisch und Soja sowie daraus gewonnene Produkte auf den EU-Binnenmarkt kommen, sofern ihre Herstellung Entwaldung verursacht hat. "Wir begrüßen diese Initiative grundsätzlich. Denn das bedeutet, höhere Produktionsstandards für landwirtschaftliche Einfuhrprodukte aus Drittstaaten", sagt **Alexander Bernhuber**, Umweltsprecher der ÖVP im Europaparlament. "In den vergangenen Jahren wurden die Produktionsbedingungen für die europäischen Bäuerinnen und Bauern stetig verschärft. Daher ist es positiv zu bewerten, dass durch das Entwaldungsgesetz Lebensmittelimporte aus Drittstaaten strengeren Vorgaben unterliegen. Kurz gesagt, die EU verpflichtet sich dazu, kein Rindfleisch zu importieren, das zur Regenwald-Abholzung beiträgt", sagt Bernhuber.

Kritisch sieht der EU-Abgeordnete den Vorschlag einiger linker Fraktionen im Europäischen Parlament, Finanzinstitute in das Gesetz zu inkludieren. Ebenso will Bernhuber dafür eintreten, dass für europäische Produzentinnen und Produzenten keine zusätzliche Bürokratie geschaffen wird. "Das neue Entwaldungsgesetz darf für heimische Unternehmen oder landwirtschaftliche Betriebe nicht zu mehr Aufzeichnungs- und Haftungsverpflichtungen führen. Neue Auflagen und unverhältnismäßigen Mehraufwand für kleine Betriebe lehnen wir strikt ab", so Bernhuber. (Schluss)

Heimische Agrarvertreter kritisieren geplante EU-Richtlinie für Erneuerbare scharf

Bäuerliche Biomassenutzung soll nicht mehr als regenerative Energieform gelten

Wien, 13. September 2022 (aiz.info). - Am 14. September 2022 stimmt das Europäische Parlament über die überarbeitete Richtlinie zu erneuerbaren Energien (RED III) ab. Ein nun bekannt gewordener Entwurf sieht vor, dass die Nutzung von Biomasse (z.B. Brennholz, Hackgut etc.) aus dem Wald nicht mehr als erneuerbare Energieform gelten und die Holzverwendung für Heizzwecke bis 2030 massiv eingeschränkt werden soll. Die Kritik von heimischen Bauernvertretern an dem Entwurf ist nicht zu überhören.

Landwirtschaftskammer (LK) Steiermark-Präsident **Franz Titschenbacher** sieht in der geplanten Richtlinie eine "umweltpolitische Bankrotterklärung": "Obwohl wir angesichts der massiven Energiekrise dringend mehr klimafreundliche Wärme aus Waldbiomasse benötigen, steht diese auf mehr als wackeligen Beinen. Geht die Abstimmung im EU-Parlament am Mittwoch negativ für die Waldbiomasse aus - dann steht die Weiterentwicklung der seit Jahrzehnten aufgebauten bäuerlichen Biomasse-Wärmenetze vor dem Ende. Allein aus dringend notwendigen Durchforstungsmaßnahmen schlummern in den steirischen Wäldern enorme Mengen an Waldbiomasse für die Wärmeerzeugung", stellt Titschenbacher klar.

Heftige Kritik am vorliegenden Entwurf der Richtlinie kommt auch von LK Kärnten-Präsident **Siegfried Huber** : "Während die EU dem Atomstrom ein grünes Mäntelchen umhängt, soll die nachhaltige Nutzung von Holz massiv eingeschränkt werden. Das ist gegen jede Vernunft", verdeutlicht Huber. Für Kärnten stehe mit der geplanten Richtlinie viel auf dem Spiel. Laut dem LK Kärnten-Präsident ist Biomasse - noch vor Wasserkraft - mit 50% Anteil der wichtigste Energielieferant unter den erneuerbaren Energieformen in dem Bundesland. 55% der Haushalte werden mit Holz beheizt, und 90% der gesamten Nah- und Fernwärme stammen überwiegend aus Holz.

"Mit der geplanten Richtlinie wäre die Versorgung Kärntens mit erneuerbarer Energie in Frage gestellt. Die Folgen der Richtlinie in der vorliegenden Form wären eine erhöhte Abhängigkeit von ausländischen, fossilen Energieträgern und ein Verlust an heimischer Wertschöpfung. Im schlimmsten Fall müssten Biomasse-Heizkraftwerke stillgelegt oder rückgebaut werden. Das kann niemand wollen. Schon gar nicht in Zeiten eines Krieges, wo man deutlich sieht, wohin die Abhängigkeit von importierter Energie führt", erklärt Huber.

Waldbewirtschaftung nicht zu Tode zu reglementieren

Ähnlich sieht die Situation LK Oberösterreich-Präsident **Franz Waldenberger** : "Die von der EU vorgelegten Vorschläge, die Holznutzung zu erschweren bzw. zu verhindern, ist kontraproduktiv für die Energiewende sowie den klimaangepassten Waldumbau. Holz aus der Waldpflege muss weiter zur energetischen Nutzung verkauft werden können. So kann der Waldumbau zum Teil finanziert werden. Statt die Waldbewirtschaftung zu Tode zu reglementieren, sollte die EU lieber alles daransetzen, dass wir den Umstieg zur Bioenergie schaffen."

Nicht nachvollziehbar ist der Entwurf auch für Oberösterreichs Forst- und Agrar-Landesrätin **Michaela Langer-Weninger**

Langer-Weninger : "Mitten in der schlimmsten Gas-Versorgungskrise der Geschichte fehlt mir jedes Verständnis dafür, dass das EU-Parlament Holz nicht länger als erneuerbare Energie werten will - Gas und Atomenergie aber schon. Die Nutzung von Holz ist nicht das Problem, sondern die Lösung. Wer das nicht erkennt, ist auf dem Holzweg", verdeutlicht Langer-Weninger. Dass Atomenergie und Erdgas "grün" sein sollen, die Nutzung des nachwachsenden und klimaneutralen Rohstoffes Holz aber nicht, sorgt auch bei der OÖ Landesrätin für Kopfschütteln. "Damit konterkariert die EU ihre eigenen Energie- und Klimaziele." (Schluss) hub

Bäuerinnen und Bauern sind wichtige Player in der nachhaltigen Energieerzeugung

LK OÖ: Breite Palette klimaschonender Energiequellen für weniger Abhängigkeit

Linz, 13. September 2022 (aiz.info). - Bäuerinnen und Bauern können als Energielieferanten einen wesentlichen Beitrag für weniger Abhängigkeit von fossilen Energieträgern aus dem Ausland leisten. Sie liefern etwa Rohstoffe für die Biomasse-Nahwärme, die Holzverstromung sowie Scheitholz für den Kamin und forcieren den Ausbau der Photovoltaik, macht **Franz Waldenberger**, Präsident der Landwirtschaftskammer (LK) Oberösterreich aufmerksam.

Landwirtschaftliche Betriebe sind von den gestiegenen Energiepreisen ebenfalls massiv betroffen, was die LK OÖ an ein paar Beispielen aus der Beratungspraxis demonstriert. Mit einem Gesamtenergiebedarf von 20.000 kWh können 30 Milchkühe oder 50 Zuchtschweine gehalten oder 400 Schweinemastplätze betrieben sowie die Energie für die vorhandene landwirtschaftliche Nutzfläche bereitgestellt werden. Beliefen sich die Kosten für den Energiebedarf 2021 in den angeführten Betriebskonstellationen noch auf 4.000 Euro, kann sich dieser Wert laut LK OÖ bis 2023 im schlimmsten Fall auf 12.000 Euro erhöhen. Während die Strompreise der vergangenen Jahre unter 20 Cent pro kWh lagen, sind es derzeit bis zu rund 60 Cent pro kWh, inklusive Mehrwertsteuer. Nicht derart stark wie die Strompreise, aber doch deutlich spürbar, sind die Preise für Diesel und für Heizenergie gestiegen. "Dementsprechend herausfordernd ist die Lage der heimischen, bäuerlichen Betriebe für die zukünftige Produktion von Lebensmitteln und die Erwirtschaftung eines betrieblichen Einkommens", erläutert Waldenberger.

In Oberösterreichs Gemeinden gibt es über 300 bäuerliche Biomasse-Nahwärmanlagen. Seit 1985 begleiten die Landwirtschaftskammer OÖ bzw. seit rund 30 Jahren auch der Biomasseverband OÖ diese Projekte. Tausende Landwirte liefern zuverlässig den Brennstoff Holz - mittlerweile über 1 Mio. Schüttraummeter Hackschnitzel - und versorgen ihre Kunden, appelliert die LK OÖ an die Waldbesitzer, in ihren Gemeinden weitere Projekte umzusetzen. "Die Bäuerinnen und Bauern sollen diese auch selber betreiben. So bleibt die Wertschöpfung bei den Bäuerinnen und Bauern und die Brennstoffverfügbarkeit ist sichergestellt", betont Waldenberger.

Verein Ofenholz: Scheitholz gefragter denn je

Waldbauern haben sich mit Unterstützung der Landwirtschaftskammer zum Verein Ofenholz zusammengeschlossen. Unter dem Gütesiegel Ofenholz produzieren Forstwirtschaftsbetriebe aus Österreich regionales, hochwertiges Ofenholz. Der Verein Ofenholz hat aktuell rund 70 Mitglieder in Oberösterreich, österreichweit sind es 200, und bietet eine Plattform zur Vermarktung. Genaue

Verkaufszahlen gibt es nicht, schätzungsweise werden in Oberösterreich bis dato jährlich 20.000 bis 30.000 Raummeter Scheitholz vermarktet.

"Für Stammkunden ist Ofenholz bei gestiegenen Preisen jedenfalls vorhanden. Was Neukunden anbelangt, kann es sein, dass zurzeit mit Wartezeiten für trockenes Ofenholz gerechnet werden muss. Holz wird aber nachproduziert und es wird alles getan, um den Markt bedienen zu können. Grundsätzlich ist genug Holz vorhanden, es braucht nur noch Zeit zum Trocknen. Bis November, wenn es kälter wird und das Holz tatsächlich zum Heizen gebraucht wird, ist wieder mehr verfügbar", betont **Josef Wimmer**, Obmann des Vereins OÖ Ofenholz. Die aktuelle Lage sei als Chance zu sehen, den Ofenholzmarkt als Einkommensquelle für die Bauern wiederzubeleben. Neue Mitglieder sind im Verein Ofenholz jederzeit willkommen.

Biomasseheizwerke leisten wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit und zum Klimaschutz

Der Biomasseverband OÖ ist der Ansprechpartner für bäuerliche Biomasseheizwerke ab 200 kW. "Eine umfassende Planung und Betreuung sind essenziell bei der erfolgreichen Umsetzung von Biomasse-Nah- und Fernwärmeanlagen, Biogasanlagen und Holzverstromungsanlagen", erläutert der Obmann des Biomasseverbandes OÖ, **Gerhard Uttenthaler**. Der Verband unterstützt durch Beratung, bei der Projektierung, Förderungsabwicklung und technischen Planung. Im Rahmen der bäuerlichen Bioenergie OÖ eGen können die Projekte sogar errichtet und betrieben werden. Die Bioenergie OÖ betreibt mit 280 Landwirten aktuell 22 Heizwerke in Oberösterreich.

Photovoltaikanlagen auf Dächern ausbauen

Seit über zehn Jahren unterstützt die Landwirtschaftskammer OÖ die Bäuerinnen und Bauern bei der Umsetzung der Photovoltaikanlagen. "Der Ausbau der Photovoltaikanlagen hat ein enormes Zukunftspotenzial. Künftig geht es darum, vor allem auf Flächen mit weniger hoher Bonität sowohl Futter- und Lebensmittel als auch Strom zu produzieren. Je nach Konzept können auf der Fläche zwischen 300.000 und über 1 Mio. kWh Strom auf 1 ha erzeugt werden. Bei den sogenannten Agrar-Photovoltaikanlagen liegt der Schwerpunkt weiterhin auf der Produktion von Futter- und Lebensmitteln. Nur ein geringer Anteil von rund 5% der Fläche wird zum Beispiel bei sogenannten Zaunanlagen verbaut", erläutert Waldenberger.

Bei Freiflächenanlagen auf Wiesen könnten zwischen und unter den Modulen etwa Schafe oder Hühner gehalten werden. Der Flächenertrag beim Grünland liege dann immer noch bei bis zu 70%. Der Stromertrag steige allerdings deutlich auf rund 1 Mio. kWh pro ha und Jahr. "Das entspricht einem jährlichen Strombedarf von rund 300 Haushalten, gilt es für Oberösterreich herauszufinden, wo welche Systeme am besten geeignet sind und auch von der Gesellschaft akzeptiert werden", so der LK OÖ-Präsident. "Mit dem Thema Photovoltaik auf landwirtschaftlichen Flächen bewegen wir uns in einem Spannungsfeld aus allfällig möglichen neuen Flächenerträgen für Photovoltaik-Anlagen und der Erhaltung der ertragreichen Acker- und Grünlandflächen für die Urproduktion.

Allerdings fordert die LK OÖ eine klare Prioritätensetzung beim PV-Ausbau: "Dächer vor belasteten Flächen wie Parkplätzen und Deponien und Freiflächen. Wobei bei der Verwendung von Agrarflächen ganz klar den geringeren Bodenbonitäten der Vorzug gegeben werden muss", betont Waldenberger. Die Marktpreise für die Einspeisung von Strom aus Photovoltaikanlagen betragen derzeit über 30 Cent/kWh. Deshalb sei auch das Interesse in Photovoltaikanlagen zu investieren sehr hoch. Das Geschäft mit der Energieproduktion sei momentan deutlich lukrativer als die Lebensmittelproduktion.

Um die geforderten Photovoltaikanlagen auf Dächern zu errichten, fehle es an den Netzkapazitäten. Um den erforderlichen Netzausbau zu stemmen, würden wiederum die finanziellen Mittel und auch die Zeit fehlen. Daher muss die Strategie der LK OÖ zufolge lauten: Ausbau der Photovoltaikanlagen auf den Dächern und in der Freifläche im Umkreis von 7,5 km zu den Umspannwerken, da in der Nähe der Umspannwerke die meiste Strommenge von Photovoltaikanlagen übernommen werden kann.

Zudem wären auch Flächen in Zusammenhang mit sogenannten PV-Mehrfachnutzungen bzw. Agrar-Photovoltaik in den Sparten Gemüse, Obst, Weinbau, Ackerbau (Biodiversitätsstreifen zur Förderung von Wildbienen, Laufkäfern und Bodenbrütern, Hühnerweiden, Schafweiden, usw.) denkbar.

Das Ziel sollte sein, dass die bäuerlichen Betriebe nicht primär als Verpächter, sondern viel mehr als Betreiber, zumindest aber als aktive Partner an Photovoltaik-Projekten auftreten. Eine Möglichkeit dazu könnten die im EAG vorgesehene "Erneuerbare Energiegemeinschaften" sein. Auch Bürger in den Gemeinden und Energieversorgungsunternehmen sollten als Partner mitmachen, so die LK OÖ. (Schluss)

Bauernbund: Genehmigung des GAP-Strategieplans bringt Planungssicherheit

EU-Kommission macht Weg zur Umsetzung des GAP-Plans ab 2023 frei

Wien, 13. September 2022 (aiz.info). - Die EU-Kommission hat heute den österreichischen Strategieplan zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ab 2023 genehmigt. Damit ist Österreich unter den ersten Ländern, die eine finale Freigabe erhalten haben. "Wir haben nun das Ergebnis jahrelanger, harter Verhandlungen in der Hand. Wir konnten ein ambitioniertes Programm für die nächsten Jahre erzielen, das den gesellschaftlichen Forderungen nach mehr Klima-, sowie Umweltschutz und Tierwohl verstärkt Rechnung trägt, gleichzeitig aber für unsere Bauernfamilien wirtschaftlich tragbar ist", so Bauernbund-Präsident Abg.z.NR DI **Georg Strasser**

Das zu Beginn befürchtete finanzielle Minus für Österreich konnte durch erfolgreiche Verhandlungen in ein Plus umgewandelt werden. So wurden etwa die Mittel für das Agrarumweltprogramm ÖPUL um 25% erhöht. Die vielfältigen ÖPUL-Maßnahmen ermöglichen es Bäuerinnen und Bauern, sich betriebsindividuell einen passenden Maßnahmen-Mix zusammenzustellen. "Wir befinden uns in der Zielgeraden. Jetzt sind alle Details bekannt und der Weg ist frei, um die rechtliche Umsetzung in Österreich zu finalisieren. Die dafür notwendige nationale Verordnung zur Anwendung des GAP-Strategieplans wird bereits begutachtet", begrüßt Strasser, dass die Bäuerinnen und Bauern nun endlich Planungssicherheit für die kommende Anbausaison haben.

"Mit der neuen GAP verlangt die EU-Kommission den Bäuerinnen und Bauern in Europa einiges ab. Wir sind uns bewusst, dass manche Punkte aus dem GAP-Strategieplan auch für unsere Bauernfamilien herausfordernd sind", so Strasser. Um all die neuen Herausforderungen sinnvoll und auf die betrieblichen Gegebenheiten rücksichtnehmend umzusetzen, fällt nun der Startschuss für eine Informationskampagne durch das Landwirtschaftsministerium und die Landwirtschaftskammern.

Damit liegen alle notwendigen Informationen am Tisch, damit die Familienbetriebe die für sie am besten geeignete Strategie wählen können.

Strasser appelliert: "Die GAP ist seit jeher das Fundament für Versorgungssicherheit der Menschen in Österreich und Europa. Nichtsdestotrotz tragen alle Akteure entlang der Wertschöpfungskette - vom Hof bis zum Teller - Verantwortung den Mehrleistungen der Bäuerinnen und Bauern Rechnung zu tragen", so Strasser. (Schluss) APA OTS 2022-09-13/13:44

Warndienst.at mit aktuellen Ergebnissen des Vorerntemonitorings bei Mais

Mykotoxinbelastung bei Körnermais ab sofort abrufbar

Wien, 13. September 2022 (aiz.info). - Um über eine drohende Mykotoxinbelastung zu informieren, führen die Landwirtschaftskammern (LKn) in Kooperation mit der Österreichischen Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) das siebente Jahr in Folge im Rahmen des Projektes "Pflanzenschutz-Warndienst" das Vorerntemonitoring der Mykotoxine an insgesamt 35 Standorten in den Bundesländern Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich und Steiermark durch. Seit 2018 führen in Kooperation mit LKn und AGES auch die Kollegen der LfL Bayern ein Vorerntemonitoring durch. Die nach Reifegruppen (sehr früh bis früh, mittelfrüh, mittelfrüh bis mittelspät, mittelspät bis sehr spät) unterteilten Prüfsortimente umfassten je nach Jahr und Standort etwa 20 bis 36 Sorten.

In Österreich wird Mais hauptsächlich durch Fusarium-Pilzarten (vor allem *Fusarium graminearum*, *F. subglutinans*, *F. verticillioides*, *F. proliferatum*) mit Mykotoxinen kontaminiert. Mykotoxine sind Giftstoffe. Es handelt sich dabei um sekundäre Stoffwechselprodukte verschiedener Pilzarten, welche die Qualität und Verwendbarkeit des Erntegutes stark beeinträchtigen können. Pilzaufreten und Schädigungsausmaß durch Mykotoxine sind stark witterungsabhängig. Ausschlaggebend ist daher die rechtzeitige Kenntnis einer drohenden Mykotoxinbelastung.

Anhand des Monitorings liegen derzeit alle Mykotoxin-Werte unter den höchst Belastungsstufen. Fumonisine die nach bisherigen Erkenntnissen in Lebensmitteln vorkommen (vor allem die Fumonisine B1, B2 und B3 vor) wurden jedoch in allen Bundesländern festgestellt. Fumonisin B1 wurde 1993 durch die IARC (International Agency of Research on Cancer) als möglicherweise karzinogen für Menschen eingestuft (Karzinogene der Gruppe 2B). Fumonisine sind relativ hitzestabil und werden auch durch längeres Erhitzen nur in geringem Umfang zerstört.

Für den Landwirt spielt neben der Sortenwahl, Fruchtfolge und Bodenbearbeitung die Wahl des Erntezeitpunktes - insbesondere bei feuchter Herbstwitterung - eine entscheidende Rolle für die Vermeidung oder den Aufbau einer zunehmenden Mykotoxinbelastung im Erntegut. Hagelschlag oder Befall von Maiszünsler können die Mykotoxinanreicherung im Kolben zudem noch deutlich beschleunigen. Durch die regional/lokal differenzierte, frühzeitige Ausweisung der Belastungssituation hat der Landwirt nunmehr eher die Möglichkeit, mit einem angepassten Erntetermin ein höheres Mykotoxinrisiko abzuwenden.

Alle Ergebnisse sind auf der Monitoringkarte bereits abrufbar und ersichtlich.

Direkter Link zum Monitoring: <https://warndienst.lko.at/mykotoxine+2500++1074092+6632>

Zusätzlich können wichtige Hinweise zu den Belastungsstufen und aktuelle Grenz- und Richtwerte der Mykotoxinen direkt unter der Monitoringkarte auf der Warndienst-Webseite abgerufen werden.

Die zweite Beprobung der Maiskolben findet am 19. September 2022 statt, die Ergebnisse sind am Freitag, dem 23. September 2022, auf dem Pflanzenschutz-Warndienst abrufbar. "Mit diesem Service der Landwirtschaftskammern und der AGES werden Landwirte rechtzeitig darauf hingewiesen, auf ihre Maisfelder zu achten und rechtzeitig zu handeln", so **Vitore Shala-Mayrhofer**, Projektleiterin und Initiatorin des Mykotoxin-Vorerntemonitorings. (Schluss)

Kartoffelmarkt: Erntemengen überwiegend unterdurchschnittlich

Geringes Angebot lässt Erzeugerpreise steigen

Wien, 13. September 2022 (aiz.info). - Die Speisekartoffelernte läuft in Niederösterreich auf Hochtouren. Regional sorgen die in den letzten Tagen häufigen Regenfälle mittlerweile für sehr nasse Rodebedingungen. Bei den vergleichsweise geringen Anlieferungsmengen bei den Händlern hat sich keine Änderung ergeben. Die Erträge in den nicht bewässerbaren Regionen des Weinviertels fallen zum Teil äußerst gering aus. Günstigere Ertragserwartungen bestehen dagegen im Waldviertel und in Oberösterreich. Die Absortierungen aufgrund von Drahtwurmschäden bleiben enorm hoch, wodurch sich das vermarktbarere Kartoffelangebot weiter reduziert, teilt die Interessengemeinschaft Erdäpfelbau mit. Der Absatz im Inland wird aktuell durch Einlagerungsaktionen verstärkt, die der LEH heuer als Reaktion auf die Teuerungswelle wieder anbietet. Auch die Exportanfragen bleiben aufgrund kleiner Ernten in Osteuropa hoch.

In Niederösterreich wird von steigenden Preisen berichtet. So wurden zu Wochenbeginn meist 25 Euro/100 kg bezahlt. Für drahtwurmfreie, kleinpackungsfähige Premiumware mit AMA-Gütesiegel sind 28 Euro/100 kg zu erzielen. In Oberösterreich haben die Preise zur Vorwoche angezogen und liegen nun bei 27 Euro/100 kg.

Deutsche Speisekartoffel werden auch nach dem Ende der Ferien im Allgemeinen nur verhalten nachgefragt. Lediglich regionale Verkaufsaktionen sorgten für leichte Impulse. In den nächsten Wochen wird mit den herbstlichen Temperaturen aber eine laufende Steigerung der Absätze erwartet. Maximal durchschnittlich fällt auch das Angebot an Kartoffeln aus und durch die fortgeschrittenen Reife der Knollen wird kaum mehr mit Ertragszuwächsen gerechnet. Besonders auffallend sind dabei heuer die extrem großen Ertragsunterschiede. Beim Erntefortschritt zeigt sich ein Nord-Süd-Gefälle. Während die Kartoffelernte im Norden gut vorankommt, wird sie im Süden von den immer noch zu trockenen Rodebedingungen behindert. Auch in Deutschland sind Drahtwurmschäden ein großes Thema, vorerst im Süden stärker als im Norden. Das Preisniveau zeigt sich zur Vorwoche unverändert. Die Preise für Speiseware lagen zu Wochenbeginn im Bundesdurchschnitt je nach Sorte meist bei 26 bis 27 Euro/100 kg. (Schluss)

Landjugend Österreich: Wieder unbeschwert die eigene Sommer-Story schreiben

Endlich wieder ein Sommer mit Freiräumen für die Entfaltung unserer Jugendlichen

Wien, 13. September 2022 (aiz.info). - Soziale Isolation aufgrund der Pandemie, politische Instabilität und Krieg sowie drohende finanzielle Krisen in den Familien belasten auch Kinder und Jugendliche massiv. Daher leisten die Kinder- und Jugendorganisationen in Österreich einen außerordentlich wichtigen Beitrag zur freien Entfaltung und Entwicklung jedes einzelnen Kindes und Jugendlichen. Damit wiederum tragen sie maßgeblich zur langfristigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Stabilität bei. Diesen Aufgaben sind die zahlreichen Kinder- und Jugendorganisationen in diesem Sommer jeweils auf ihre Art nachgekommen.

Die Landjugend Österreich blickt auf einen Sommer 2022 voller Veranstaltungen und engagierter, ehrenamtlicher Landjungendarbeit zurück und freut sich, dass die Aktivitäten im diesjährigen Sommer wieder uneingeschränkt stattfinden konnten. Seit Beginn der Corona-Pandemie hat sich mehr denn je gezeigt, wie wichtig Jugendarbeit, der damit verbundene soziale Austausch und das untereinander Vernetzen für Jugendliche sind.

Neben Bezirks-, Landes- und Bundesentscheiden, fanden Weiterbildungen, Workshops und Ausflüge statt. Hierbei stand der soziale und persönliche Austausch zwischen den Jugendlichen im Vordergrund. Es konnten Freundschaften geknüpft und wertvolle Erfahrungen und Erinnerungen gewonnen werden. Viele junge Menschen finden dadurch wertvolle Vertrauenspersonen, entwickeln ihre Persönlichkeit weiter und finden zu Selbstvertrauen.

Die Jugendarbeit spielt aber nicht nur im Sommer, sondern auch im Alltag eine wichtige Rolle. Weshalb das ganze Jahr über den Mitgliedern ein Programm geboten wird, mit dem versucht wird einen wichtigen Beitrag für die Landjugend-Mitglieder zu schaffen.

Das Ehrenamt ist damit eine tragende Säule der verbandlichen Jugendorganisationen in Österreich, die Kindern und Jugendlichen Entwicklungsräume schaffen und somit zu einer guten Zukunft in Österreich beitragen. (Schluss) APA OTS 2022-09-13/13:18

Härtester Weinwettbewerb Österreichs: Die Salon Sieger 2022 stehen fest

Erstmals Verkostung nach Herkunft

Wien, 13. September 2022 (aiz.info). - Die Ergebnisse des härtesten Weinwettbewerbs Österreichs liegen vor: 151 Weine aus Niederösterreich, 77 aus dem Burgenland, 35 aus der Steiermark, neun aus Wien und drei aus dem Bergland: So liest sich die Herkunfts-Rangliste der 275 Salon Weine 2022. Die besten davon, die 21 Salon Sieger, kommen aus dem Burgenland (10), aus Niederösterreich (7), aus der Steiermark (3) und aus Wien (1). "Ich gratuliere allen Salon Winzerinnen und Winzer sehr herzlich", freut sich **Chris Yorke**, Geschäftsführer der ÖWM (Österreich Wein Marketing GmbH). "In den Salon schaffen es nur die besten Weine des Landes. Dabei ist es egal, ob sie von renommierten oder aufstrebenden Betrieben stammen.

Ausschlaggebend ist allein die Qualität der Weine, die durch ihre Herkunft geprägt wird." Aus Tausenden Einreichungen für die Landesprämierungen ermittelte eine unabhängige Verkostungsjury in Blindverkostungen die 275 Salon Weine.

Erstmals wurden die Weine im Salon heuer nicht mehr nach ihrer Rebsorte verkostet, sondern nach ihrer Herkunft. Beispielsweise traten in der Kategorie "Gebietstypische Weine" DAC-Weine unterschiedlicher Gebiete gegeneinander an, bei den "Riedenweinen" Weine aus Einzellagen - immer unabhängig von ihrer Rebsorte. Innerhalb der Herkunftskategorien wurden die Weine nach ihrem Weinstil gegliedert, etwa "Weißwein frisch" oder "Rotwein kräftig".

"Mit dem Fokus auf die Weinherkunft folgt der Salon der Entwicklung der österreichischen Weinwirtschaft", erklärt Yorke. "Seit Längerem wird nämlich die Herkunft der Weine stärker in den Vordergrund gestellt als ihre Rebsorten. Der Grund dafür ist einfach: Rebsorten sind international austauschbar, Herkünfte nicht. Ein Grüner Veltliner oder Blaufränkisch kann rund um die Welt angebaut werden - ein Weinviertel oder ein Mittelburgenland ist hingegen einzigartig."

Auch Sekt und Alternativweine im Fokus

Eine eigene Kategorie gibt es im Salon auch für Sekt Austria - also österreichischen Sekt mit geschützter Herkunftsangabe. Abseits der gebietstypischen Weine stellt die Kategorie Alternativweine & PIWI (pilzwiderstandsfähige Rebsorten) bedeutende Trends ins Rampenlicht: Österreichs beste Weine mit Maischegärung oder alternativen Ausbauarten und PIWI-Weine, die einen wichtigen Beitrag zur umweltbewussten Arbeit im Weingarten leisten. "Österreich produziert Top-Schaumweine und ausgezeichnete Weine mit alternativer Stilistik. Daher stellt der Salon als umfassendster Qualitätsspiegel der heimischen Weinwirtschaft auch diese Weine gebührend ins Rampenlicht", führt Yorke aus. (Schluss)

Landwirtschaftliche Fachschule Güssing erhält Österreichisches Umweltzeichen

Nachhaltige Bildungsqualität mit Fokus auf Umweltschutz und Gesundheit

Güssing, 13. September 2022 (aiz.info). - Der Landwirtschaftlichen Fachschule Güssing (Bgl.) wurde kürzlich für ihre nachhaltige Bildungsarbeit das Österreichische Umweltzeichen verliehen. Bildungsminister Martin Polaschek und Christian Holzer, Sektionschef für Umwelt und Kreislaufwirtschaft in Vertretung von Klimaschutzministerin Leonore Gewessler, überreichten die staatliche Auszeichnung an Fachschuldirektor **Gerhard Müllner**. "Dem gesamten Team der landwirtschaftlichen Fachschule Güssing ist es ein Bedürfnis, Schülern die Produktion von hochwertigen, ökologisch wertvollen landwirtschaftlichen Produkten zu vermitteln und sie die nachhaltige Bewirtschaftung unserer Natur- und Kulturlandschaft zu lehren", so Müllner.

Bereits vor 20 Jahren wurde das Österreichische Umweltzeichen für Schulen und Pädagogische Hochschulen vom Umwelt- und Bildungsministerium mit Unterstützung des Vereins für Konsumenteninformation und des Forum Umweltbildung eingeführt und seither regelmäßig

weiterentwickelt. Diese ganzheitliche staatliche Auszeichnung können seither jene Schulen erreichen, die eine nachhaltige Bildungsqualität mit besonderem Fokus auf Umweltschutz, Gesundheit und Wohlbefinden der Schülerinnen und Schüler verfolgen. (Schluss)